

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 19.30 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix - Vorsitzende -  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Ratsherr Bernd Bornemann

für Ratsherrn Rico Mecklenburg

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Nils Köhler

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Herr Florian Treptow

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Timo Kromminga  
Herr Abdoulaye Quedraogo  
Frau Ingrid van Schwarzenberg  
Frau Monika Weniger  
Herr Uwe Willms  
Frau Elfriede Wilts  
Herr Walter Saathoff  
Herr Tom Sprengelmeyer

#### **von der Verwaltung**

Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Fachdienstleiterin Heidemarie Kohnen  
Stadtangestellte Minette Wessels als Protokollführerin

#### **als Gäste**

Herr Wolfgang Schwieder - AWO -  
Herr Ralf Dietz - Schule Wybelsum -

2 Vertreter der örtlichen Presse  
8 Zuhörer

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse sowie die anwesenden Zuhörer und Ausschussmitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.01.2002

**Herr Grix** findet seine Anregung, die Jugendwerkstatt in die Sanierung der Kinderspielplätze mit einzubeziehen, im letzten Protokoll nicht wieder. Ansonsten werden keine weiteren Einwände und Änderungswünsche erhoben.

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.01.2002 wird unter Berücksichtigung der o.g. Ergänzung genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder

**Frau Grix** verpflichtet gem. § 25 und § 26 NGO die neu berufenen beratenden und stimmberechtigten sonstigen Mitglieder Abdou Quedraogo und Norbert Haarmeyer.

**Punkt 5:** Einwohnerfragestunde

Frau Grix ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Beiträge angemeldet.

**Punkt 6:** Vorlage 14/149  
Einrichtung einer weiteren Hortgruppe in der Kindertagesstätte Schwabenstraße

**Herr Saathoff** erläutert den Sinn und Zweck einer weiteren Hortgruppe bei der Kindertagesstätte Schwabenstraße. Er stellt fest, dass es nach neuesten Erkenntnissen z. Z. nicht möglich ist, alle Wünsche nach einer Hortbetreuung, die an die Leitung der Kindertagesstätte herangetragen werden, zu erfüllen. Er verweist auf eine Umfrage im letzten Jahr, wonach für ca. 30 % aller Grundschulkinder ein Betreuungsbedarf besteht. Geplant sei den Anbau, der zur Zeit als sogenannter Wintergarten errichtet wird, zu nutzen. Somit können zusätzlich 12 Hortkinder in einer zusätzlichen Gruppe betreut werden.

**Frau Meyer** sieht diesen Vorschlag als eine gute Sache an. Sie möchte jedoch wissen, wie viele Plätze insgesamt fehlen.

**Herr Saathoff** geht davon aus, dass die zusätzlichen 12 Hortplätze den derzeitigen Bedarf in der Kindertagesstätte Schwabenstraße abdecken.

**Herr Renken** begrüßt die Einrichtung der Gruppe ebenfalls und erläutert, dass in Emden ein Mehrbedarf von ca. 500 - 600 Plätzen bestehe. Er wisse wohl, dass Hortplätze in dieser Größenordnung nicht finanzierbar sind, möchte aber wissen, warum das Angebot auf 2 Jahre befristet werden soll.

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

**Herr Kühl** führt aus, dass es sich hier nur um den Hortbedarf von Kindern handelt, die bereits einen Ganztagsplatz in der Kindertagesstätte haben. Bisher wurden zum Schuljahresbeginn ausreichend Hortplätze frei, so dass der jeweilige Bedarf gedeckt werden konnte. Dies ist zum August 2002 nicht der Fall, wobei von außerhalb nicht einmal Anfragen mehr angenommen werden können.

**Herr Saathoff** fügt hinzu, dass der Fehlbedarf von ca. 12.000 EURO aus dem Budget der Vertretungskräfte der Kindertagesstätte gedeckt werde.

Beschluss: Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Zum 01.08.2002 wird an der Kindertagesstätte Schwabenstraße befristet für zwei Jahre eine weitere Hortgruppe zur Aufnahme von 12 Schulkindern eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 14/150  
Einrichtung einer Hortgruppe an der Herrentorschule

**Herr Saathoff** erläutert, dass es bisher eine Schulkinderbetreuung bis 13 Uhr an der Herrentorschule gibt. Da die Herrentorschule ab August 2002 in eine Verlässliche Grundschule (Betreuung bis 13 Uhr) umgewandelt wird, ist von dem Verein Kinderzukunft Grüner Baum der Wunsch an die Verwaltung herangetragen worden, eine Schulkinderbetreuung für 20 Kinder in der Zeit von 13 - 17 Uhr und in den Ferienzeiten von 8 - 17 Uhr einzurichten. Ein erheblicher Bedarf sei vorhanden und die bisher genutzten Räume würden sich hervorragend eignen, ohne dass große Investitionen erforderlich wären. Nicht enthalten in diesem Konzept sei allerdings die Abdeckung der Betreuungsstunde im Rahmen der Verlässlichen Grundschule. Dies sei und bleibe Angelegenheit der Schule. Die Finanzierung für dieses Jahr könne aus dem Budget der Jugendförderung sichergestellt werden. Für das Jahr 2003 müssen die Mehrkosten von 11.500 EURO im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Klaaßen** sieht in der Ansiedlung der Hortgruppe in der Herrentorschule ein Problem in Bezug auf andere Schulen. Er plädiere für eine eigenständige Hortgruppe. Er möchte zudem das Verhältnis Elternanteil und Zuschuss der Stadt wissen.

**Frau Meyer** erachtet die Einrichtung einer Hortgruppe als sehr wichtig und bittet die Jugendhilfeausschuss-Mitglieder, sich für eine weitere Finanzierung einzusetzen.

**Herr Saathoff** antwortet, dass die Räume nur der Herrentorschule gehören und die Betreuung ansonsten von der Schule unabhängig sei. Zudem haben andere Schulen von den Räumlichkeiten her diese Möglichkeiten nicht. Der Elternanteil an den Gebühren betrage 82,00 EURO pro Monat, wie an anderen Kindertageseinrichtungen auch.

Beschluss: Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Ab 01.08.2002 soll an der Herrentorschule eine Hortgruppe für 20 Kinder mit einer Betreuungszeit bis 17.00 Uhr eingerichtet werden. Träger der Einrichtung ist der Verein Kinderzukunft Grüner Baum. Voraussetzung ist die finanzielle Absicherung im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für das Jahr 2003.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

**Punkt 8:** Vorlage 14/151  
Einrichtung einer Nachmittagsgruppe im Kindergarten Sonnenstrahl (Ökowerk)

**Herr Saathoff** führt aus, dass in dem Wohngebiet Borssum/Petkum vermehrt Kindergartenplätze angefragt werden. Alleine der Kindergarten Ökowerk habe Anfragen auf 40 Plätze zum 01.08.2002 vorliegen, die nicht berücksichtigt werden können. Um eine kurzfristige Lösung zu finden, werde vorgeschlagen, eine zusätzliche Nachmittagsgruppe anzubieten. Eine genaue Analyse müsse zuvor klären, ob diese Nachmittagsstunden von den betroffenen Eltern angenommen würden. Zudem sei die Finanzierung im nächsten Jahr nicht gesichert. Da der Fachdienst Jugendförderung diese Mehrkosten nicht tragen könne, müssten diese zusätzlichen Mittel im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt werden.

Für **Herrn Renken** stellt sich die grundsätzliche Frage, ob der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz gewährleistet sei. Zum anderen gibt er zu bedenken, dass der Trend immer mehr dahin gehe, einen Vormittagsplatz zu suchen.

**Herr Saathoff** erwidert, dass dem bisher auch Rechnung getragen wurde und ein erheblicher Teil der Nachmittagsplätze abgebaut worden sei. Es gebe in Emden eine Versorgung an Kindergartenplätzen von 80 %. Der Nachfragebedarf in dem betreffenden Gebiet habe sich sehr kurzfristig ergeben.

**Frau Meyer** erklärt, der Bedarf sei durch die rege Bautätigkeit jüngerer Familien entstanden und fragt an, ob diese Entwicklung nicht vorhersehbar gewesen sei.

**Herr Kühl** erläutert hierzu, dass beim Ökowerk Borssum zuvor ein 3-Gruppenkindergarten geplant war. Dieser konnte aber aus Platzgründen nicht realisiert werden, so dass nur ein 2-Gruppenkindergarten entstanden ist. Der erhöhte Bedarf an Kindergartenplätzen war nicht vorhersehbar. Er stelle zudem fest, dass auch an anderen Kitas eine erhebliche Nachfrage vorläge. Es bestehe ein Rechtsanspruch auf eine 4stündige Betreuung, bisher gebe es aber keine 4stündigen Nachmittagsplätze.

**Herr Saathoff** vermutet, dass die Kinder in der letzten Zeit früher angemeldet werden und demzufolge auch länger in einer Einrichtung verbleiben. Tendenziell würden die Kinderzahlen in Emden nicht steigen, sondern sinken. Daher werde auch eine zeitliche Begrenzung dieses Angebotes vorgeschlagen. Einen Leerstand und damit eine Gefährdung von Gruppen in anderen Einrichtungen sehe er nicht. Eine genaue stadtteilorientierte Untersuchung solle folgen.

**Herr Haarmeyer** glaubt, dass dieses Problem auch in Zukunft vorhanden sein werde und regt die Planung eines Anbaues an, der eine Vormittags- und Nachmittagsgruppe aufnehmen könnte.

**Frau Weniger** weist darauf hin, dass es wegen der Hin- und Herfahrierei oft schwierig sei, einen entfernteren Kindergartenplatz zu nutzen und man deshalb gezwungen sei, sich auf die Angebote in unmittelbarer Nähe zu beschränken. Sie fragt nach der geplanten Turnhalle beim Ökowerk, die evtl. als Gruppenraum genutzt werden könnte.

**Herr Kühl** antwortet, dass ein Anbau so kurzfristig nicht zu schaffen sei. Bisher konnten Eltern, die gezielt einen Vormittagsplatz gesucht haben, immer zufriedengestellt werden, auch wenn es nicht unbedingt der Kindergarten in ihrer Nähe war.

**Herr Saathoff** stellt fest, dass eine Umverteilung in den einzelnen Stadtteilen z. Z. stattfinde und die Analyse einer genauen Untersuchung vor den Haushaltsberatungen in die

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

Ausschüsse gegeben werden soll.

Beschluss: Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Beim AWO Kindergarten Sonnenstrahl soll ab dem 01.08.2002 befristet für 3 Jahre eine Nachmittagsgruppe eingerichtet werden. Vorausgesetzt wird die Annahme dieses Angebotes durch die Elternschaft. Weitere Voraussetzung ist die finanzielle Absicherung im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für das Jahr 2003.

Ergebnis: einstimmig

(Herr Grix hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.)

Punkt 9: Vorlage 14/152  
Anträge von Vereinen und Verbänden

**Herr Sprengelmeyer** trägt vor, dass bei den internationalen Begegnungen, Fahrten und Lagern und den Erholungs- und Kurzfreizeiten bereits Anträge in Höhe von ca. 45.000,-- EURO vorliegen, im Haushalt aber hierfür nur ein Ansatz von 37.300,-- EURO vorhanden sei. Im Bereich der Betriebs- und Sachkosten gebe es bereits jetzt Anmeldungen in Höhe von 23.000,-- EURO, bei einem Haushaltsansatz von 9.500,-- EURO müsse daher dem JHA vorschlagen, Kürzungen gegenüber der bisher üblichen Förderung vorzunehmen. Herr Sprengelmeyer regt an, über die Punkte Fahrten und Lager und Betriebs- und Sachkostenzuschüsse getrennt abzustimmen. Ferner sichert er zu, dass es bei den Betriebskosten zu Nachbesserungen kommen werde, wenn sich herausstellen sollte, dass es im Bereich der Fahrten zu Einsparungen komme.

**Frau Meyer** äußert ihre Bedenken an dem Pkt. 1. f) Realschule/Gat und fragt, ob er nicht beim Schulausschuss angesiedelt sein müsse.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, dass es sich hier um eine internationale Begegnung handelt und keine Klassenfahrt. Diese Bezuschussung liege wohl außerhalb der Richtlinien, es gäbe aber keinen Rahmen in der Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe, der hier helfend greifen würde. Er schlage vor, für die Zukunft hier ein Produkt zu schaffen, stellt aber auch die Frage, ob die Motivation der Schulen auf diesem Gebiet tätig zu werden, nicht unterstützt werden sollte. Des weiteren sei es ggf. notwendig, die Verwendung der Gelder stärker zu überprüfen.

**Herr Grix** erläutert, dass man bei Erstellung der Richtlinien lange darüber diskutiert habe, ob Schulen aufgenommen werden sollten. Die Mittel sollten daher vorrangig den Vereinen und Verbänden zur Verfügung gestellt werden. Zudem dürften keine Klassenfahrten mitfinanziert werden. In den Vorjahren, als noch mehr Geld da war, konnten auch einige Mittel an Schulen vergeben werden. Schulen können andere Fördermittel beim Land Niedersachsen beantragen. Zudem verweist er aber auf die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder durch die Vereine und Verbände, die diese Fahrten schon seit Jahren machen und zweifelsfrei integer sind.

**Herr Sprengelmeyer** verweist noch einmal darauf, dass das Budget enger wird und es unumgänglich sei, für den Bereich Schule und Jugendhilfe etwas zu schaffen. Hierfür Landesmittel einzuwerben, sei nicht gelungen.

**Herr Haarmeyer** weist darauf hin, dass es sich bei diesen Fahrten der internationalen Begegnungen um keine Klassenfahrten handelt, sondern nur einzelne SchülerInnen aus verschiedenen Schulen gefördert würden.

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

**Frau Meyer** liegt es fern, den Posten zu streichen, nur müsse er woanders angelagert werden.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, dass man hier an die Grenzen stoße, was überhaupt finanzierbar sei.

Zu den Betriebskosten auf Seite 5 erläutert er ferner, dass die Träger der Jugendarbeit mit diesen Kürzungen und Regelungen mit Sicherheit nicht einverstanden sein werden und können. Die Unterhaltungskosten der Jugendtreffs Harsweg und Petkum würden bereits aus dem Haushalt der Jugendförderung gezahlt. Weitere Anträge seien in den Folgejahren zu erwarten. Der CVJM habe ein großes Defizit aus dem letzten Haushaltsjahr, und auch in diesem Jahr sei ein weiteres finanzielles Loch vorhanden. Dieses stelle eine Problematik dar, die gesondert behandelt werden müsse.

Auch bei den Sachkosten, Seite 6 sei ein erheblicher Mehrbedarf notwendig, um die Jugendeinrichtungen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

**Herr Grix** gibt zu Bedenken, dass immer wieder gefordert werde, die Arbeit mit Jugendlichen finanziell besser zu stellen, die Jugendeinrichtungen würden einen erheblichen Teil zur Entwicklung der Jugendlichen beitragen. Geld über Sponsoring hereinzuholen sei sehr mühsam, wie er aus eigener Erfahrung wisse. Im Jugendbereich dürfe nicht angefangen werden zu sparen, um die Ehrenamtlichen nicht noch weiter zu frustrieren, da diese bereits jetzt schon genügend gefordert werden. Er regt an, die Finanzen für Kinder- und Jugendarbeit zu überarbeiten. Ferner bittet er die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich mit dem Elften Kinder- und Jugendbericht auseinander zu setzen, der eine gute Analyse der derzeitigen Situation von Kindern und jungen Menschen liefere. An die Verwaltung gibt er die Bitte weiter, diese Dinge konkret abzarbeiten.

**Herr Sprengelmeyer** richtet an Herrn Grix die Frage, ob er vorschlage, eine Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses dafür einzurichten.  
Dies wird von **Herrn Grix** bejaht.

**Herr Köhler** bemerkt, dass es, wenn Einrichtungen von der Schließung bedroht seien, es dringend erforderlich sei, sich zusammzusetzen. Er schlage eine Abstimmung über diese Beschlussvorlage vor, damit die Gelder freigegeben werden können.

**Frau Meyer** schlägt vor, der Vorlage bezüglich der Punkte 1 - 4 zuzustimmen und empfiehlt die Pkt. 5 und 6 an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückzureichen.

**Herr Saathoff** stellt fest, dass in diesem Jahr keine weiteren Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Er rate dringend, die Vorlage zu beschließen.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, dass Betriebskosten immer im Nachhinein gezahlt werden und dass Mittel, die bei den Fahrten und Lagern eingespart würden, den Betriebskosten zugeschlagen würden.

**Frau Grix** lässt über den Vorschlag von Frau Meyer abstimmen.

Ergebnis: einstimmig

Beschluss: Nach Genehmigung des Haushalts werden an Vereine und Verbände vorbehaltlich der Einhaltung der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung folgende Zuschüsse gezahlt:

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003

---

	Zuschussbetrag Euro
<b>1. Internationale Begegnungen</b>	
a) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 01.07.-31.07.2002 in St. Desir, Frankreich Zuschuss für 12 TN aus Archangelsk/Prenzlau	2.412,--
b) dito für 38 TN aus Emden	6.303,--
e) CVJM Emden, v. 30.5.-24.6.2002 in Emden und auf Borkum, Urlaub vom verstrahlten Alltag mit Kindern aus Weißrussland	3.778,--
f) Realschule/GAT Emden, v. 17.-26.9.2002 nach Oborniki/Polen	<u>1.755,50</u>
	<b>14.248,50</b>
<b>2. Erholungsfreizeiten</b>	
a) Sommerfreizeit der Sportjugend Emden auf Borkum v. 11.7.-25.6.2002, 32 TN	8.064,--
b) Sommerfreizeit des CVJM Emden in Tönisheide v. 22.6.-5.7.2002, 35 TN	5.000,--
c) Kinderfreizeit AWO Jugendwerk Emden in Norddeutschland, 14 Tage, 25 TN	3.000,--
d) Jugenderholungsmaßnahme der ev.-ref. Gemeinde Emden, Bez. Transvaal v. 29.6-13.7.2002 i. Jueslminde/Dänemark	<u>4.940,--</u>
	<b>21.004,--</b>
<b>3. Fahrten und Lager</b>	
a) Ev.-luth, Kirchenkreis Emden v. 22.6.- 5.7.2002 in Bals/Spanien, 15 TN aus Emden	650,--
b) Life for Youth, Emden, v. 20.7.-27.7.2002 in Bantega/NL, 12 TN aus Emden	361,60
c) dito, Herbstferien v. 2.10.-6.10.2002, 12 TN	226,--
Weierhin liegen Zuschussanträge für diverse Freizeiten des DLRG Emden, der Deeldanzer, sowie des DGB, Region OL/Whv. vor. Die Teil- nehmerzahlen sind nicht bekannt. Geschätzte Zuschüsse	<u>1.500,--</u>
	<b>2.737,60</b>
<b>4. Kurzfreizeiten</b>	
a) CVJM Emden, Kurzfreizeit an der Knock vom 9.-12.5.2002	128,02
<u>Ergebnis:</u> einstimmig (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)	
<b>1. Internationale Begegnungen</b>	
c) AWO Kreisverband Emden, 21 Tage Grand Maisy Frankreich Zuschuss für 6 TN aus Archangelsk	1.205,--
d) dito für 28 TN aus Emden	5.450,--

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003

---

Beschluss: Die nachfolgenden Punkte werden der Verwaltung zur Überarbeitung zurückgegeben.

### 5. Betriebskostenzuschüsse

a) Kath. Kirchengemeinde St. Michael für den Betrieb ihrer Jugendräume im Gemeindehaus Osterstraße (Gesamtkosten v. 4.571,97 Euro)	1.240,97
b) CVJM Emden für den Betrieb des Hauses Hinter der Halle 3-5, einschl. Jugendcafe ConnAction (Gesamtkosten 13.000,- Euro)	4.704,76
c) DLRG Ortsgruppe Emden für den Betrieb der angemieteten Jugendräume Willi-Zander-Str. (Gesamtkosten 2.595,72 Euro)	939,40
d) Eltern- u. Kinderzentrum "Wackelpeter e.V." für das Jugendcafe in den angemieteten Räumen Zw. bd. Bleichen (Gesamtkosten 1.543,68 Euro)	558,67
e) Jugendtreff Petkum, entstehende Kosten geschätzt	<u>271,43</u>
	<b>7.715,23</b>

### 6. Sachkostenzuschüsse

a) Kath. Kirchen gemeinde f. elektr. Klavier (Gesamtkosten 1.728 Euro)	--
b) dito für Billardtisch (Gesamtkosten 1.171,75 Euro)	390,58
c) Eltern- u. Kinderzentrum "Wackelpeter e.V." für Anschaffung eines Computers m. Software (Gesamtkosten 1.200,- Euro)	800,-
d) DLRG Ortsgruppe Emden für die Anschaffung eines gebrauchten Kleintransporters "Ford Transit", 9-Sitzer (Gesamtkosten 1.022,- Euro)	<u>511,29</u>
	<b>9.417,10</b>

Ergebnis: einstimmig.

### Punkt 10: A n t r ä g e

Vorlage 14/160  
Vergünstigungen für Besitzer/innen der Jugendleiter Card;  
- Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2002

**Herr Renken** erklärt, dass man bei seiner Partei den Vorschlag des Stadtjugendringes, die InhaberInnen einer Jugendgruppenleitercard (JuLeiCa) durch zusätzlich eingeräumte Vergünstigungen zu unterstützen, positiv aufgegriffen habe. Hiermit solle die ehrenamtliche Tätigkeit weiter unterstützt werden. Er wisse, dass das Budget der Jugendförderung keine großen finanziellen Förderungen zulasse. Er schlage die Entwicklung eines Emdener Maßnahmenkataloges vor, der dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat vorgelegt werden könne.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, dass es bereits einen stadtinternen, übergreifenden Arbeitskreis zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit gebe und von der Jugendförderung



## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

Herr Herald Ihnen hierin vertreten sei. Er gibt allerdings zu bedenken, da die JuLeiCa für drei Jahre gültig ist, es nicht festzustellen sei, ob die Besitzer auch wirklich ehrenamtlich tätig sind.

**Herr Köhler** sagt, er unterstütze den Antrag der Fraktion und mache den Vorschlag, gezielt Veranstalter anzusprechen, ob diese gewillt seien von sich aus eine Vergünstigung zu gewähren.

**Frau Meyer** erklärt, dass Ihre Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

**Herr Grix** erläutert, dass es eine ganze Reihe von Vergünstigungen geben könne, wenn man die gleichen Dinge in dem Katalog aufnehme, die auch für Studenten und Schwerbehinderte gelten. Er betont ferner, dass die Vereine und Verbände selbst darauf achten, ob die JuLeiCa-Inhaber noch ehrenamtlich tätig seien. Er weist ferner darauf hin, dass Personen im öffentlichen Dienst einen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tage im Jahr haben mit 60 % ihrer Bezüge. Für andere Ehrenamtliche sei es bedeutend schwieriger, einen Verdienstausschlag geltend zu machen, da die Anträge von den Vereinen und Verbänden an das Land Niedersachsen zu stellen seien.

Beschluss: Die Verwaltung überprüft unter Beteiligung des Stadtjugendringes und der freien Träger der Jugendarbeit, durch welche zusätzlich eingeräumten Vergünstigungen die Stadt Emden Besitzerinnen und Besitzer der Jugendleiter/in Card (JuLeiCa) bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützen kann.

Grundlage hierfür sind die in der "Vereinbarung der Obersten Landesjugendbehörde zur Einführung einer Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter" festgeschriebenen Maßnahmen.

Ziel ist die Entwicklung eines "Emder Maßnahmenkataloges" noch in diesem Jahr, der dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

Ergebnis: einstimmig

**Frau Grix** unterbricht die Sitzung für ca. 5 Minuten. Herr Willms nimmt anschließend nicht mehr teil. Herr Kromminga verlässt während der Erörterung der Vorlage 14/153 die Sitzung.

Punkt 11: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 14/153  
Bericht des Arbeitskreises Schule/Jugendhilfe über ein Konzept betr. Schulverweigerung

**Frau Kohnen** erklärt, dass es den Arbeitskreis Schule und Jugendhilfe seit 1993 gibt. Zum Thema Schulverweigerung habe man einen Fragebogen an die Schulen versandt und den Rücklauf ausgewertet. An dieser Aktion waren 15 Schulen mit insgesamt 2742 SchülerInnen beteiligt. Nach Auswertung der Fragebögen habe man festgestellt, dass 96 SchülerInnen mehr als 13 Tage im Schulhalbjahr nicht in der Schule waren, dies entspräche ca. 3,5 %. Ferner habe die Arbeitsgruppe diesbezüglich eine Fortbildung mit einem Moderator gemacht und hierbei ein Modell entwickelt, wie mit dem Problem Absentismus verfahren werden könne.

**Herr Dietz** ergänzt, dass das Problem der Schulverweigerung in den letzten Jahren

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

gestiegen sei. Selbstverständlich sei die Schule auch weiterhin in der Verantwortung und es sei keine Verlagerung der Verantwortlichkeit beabsichtigt. Um das Problem besser in den Griff zu bekommen, sei unbedingt schnelles Handeln erforderlich. Man habe hier einen Katalog erarbeitet, der so aussehe, dass

- 1) Spätestens am 3. Tag Kontakt mit den Eltern aufzunehmen ist. Parallel dazu ist die Schulleitung und der/die BeratungslehrerIn zu informieren.
- 2) Als nächster Schritt wird ein Haubesuch empfohlen und der/ die SchulpsychologIn sollte mit eingeschaltet werden. Um mit den Eltern besser ins Gespräch zu kommen, wird empfohlen das Bußgeldverfahren auszusetzen.
- 3) In der 2. - 3. Woche sollte Kontakt mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Emden aufgenommen werden. Ferner sollte es ein Beratungsangebot für Lehrkräfte und Eltern geben, wobei das gemeinsame Gespräch am besten geeignet wäre.

Herr Dietz fährt fort, dass mit diesen Maßnahmen die Chance bestehe, wenigstens einige SchülerInnen zurückzuholen. Es sei allerdings auch klar, dass man nicht alle damit erreichen könne. Für diese SchülerInnen müsse noch ein Projekt entwickelt werden.

**Frau Meyer** ist verwundert, dass Eltern Bußgeld zahlen müssen, wenn SchülerInnen nicht in der Schule erscheinen. Sie möchte zudem wissen, welche Schulen aus welchen Schulzweigen betroffen seien.

**Herr Renken** hätte gerne näheres über die Auswertung der Fragebögen erfahren. Er möchte auch wissen, ob diese 13 Fehltage als Schlüsselzahl als besonders hoch oder niedrig im Vergleich mit anderen Städten und Kommunen anzusehen sind.

**Herr Bornemann** möchte wissen, was mit punktuell fehlenden SchülerInnen passiert.

**Herr Grix** erläutert, dass die Verhängung von Zwangsgeldern auch den Sinn habe, dass die Eltern auf ihre eigenen Vernachlässigungen hingewiesen werden. Ihm ist diese Darlegung allerdings nicht spezifiziert genug (z. B. welche Schulen, Altersgruppen usw.). Wichtig wäre es diese Auswertungen mit den einzelnen Schulleitern zu erörtern und zusätzlich sollte das Jugendbüro mit in diese Arbeitsgruppe einbezogen werden. Er wünsche sich eine detailliertere Vortragung und Erörterung.

**Herrn Klaaßen** fehlen auch detailliertere Angaben zu den Fragebogenaktionen. Ferner stelle er die Frage, wer diese Bögen ausgefüllt habe, und ob alle Schulklassen an einer Schule berücksichtigt wurden. Ferner stellt er auch die Frage nach den Sanktionen gegen sporadisch fehlende SchülerInnen.

**Frau Weniger** stellt die Frage nach dem "Warum" SchülerInnen die Schule schwänzen, ob sie keine Lust haben oder weil sie Sanktionen an der Schule ausgesetzt seien.

**Herr Dietz** führt aus, dass man hier keine Einzelheiten vorstellen könne, da das Thema erst auf einer Schulleiterkonferenz erläutert werden solle. Er fährt fort, dass ein Fehlen von 13 Tagen in einem Schulhalbjahr 15 % ausmache. Dies sei dann definiert als "Schulabsentismus". Die Statistik der Stadt Emden liege vergleichbar mit anderen Städten auf einer Ebene. Es sei in der Studie genau nach Alter, Geschlecht usw. erfasst worden, hierzu könne man bei Bedarf auch ganz detaillierte Angaben machen. Das sporadische Fehlen sei hier aber nicht erfasst worden, sondern wird durch Maßnahmen der Schulen abgedeckt.

**Herr Saathoff** erläutert, dass es hier wichtig war, einmal den Arbeitskreis vorzustellen und

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

zum anderen, um bekannt zu machen, dass man sich fachdienstübergreifend mit dem Thema Schulschwänzen beschäftige, und um einen Einblick in die außerschulischen Maßnahmen zu geben. Auf Wunsch könne bei Gelegenheit dieser Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt und die Auswertung der Fragebogenaktion detailliert erörtert werden.

**Herr Quedraogo** sagt, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, sich auch weiterhin mit dem Problem zu beschäftigen, um es wirksam und unbürokratisch zu bekämpfen.

**Herr Renken** macht den Vorschlag, dass der Arbeitskreis Schule/ Jugendhilfe noch einmal auf einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse Schule und Jugendhilfe vortragen sollte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Vorlage 14/154  
Vorstellung des PRINT-Projektes "Schulbezogene Sozialarbeit"

**Herr Sprengelmeyer** berichtet, dass mit dem Projekt "Schulbezogene Sozialarbeit" in Barenburg aus dem Erlös der Weihnachtslotterie der AWO bereit 1999 begonnen worden sei. Seit Mai 2001 beteilige man sich am dem "Print-Projekt" des Landes Niedersachsen (Prävention und Integration). In diesem Rahmen sei unter der Trägerschaft der AWO Herr Schwieder eingestellt worden. Das Land trage ca. 50 % der Personalkosten.

**Herr Schwieder** erläutert im Anschluss anhand einiger Folien (siehe Anlage 1) die Inhalte und Ziele von Print. Es solle keine Schulsozialarbeit geleistet werden, sondern an den drei Barenburger Schulen solle strukturell erreicht werden, dass Schule zum Lebensort und nicht nur zum Lernort werde. Da für dieses Projekt allerdings nur 3.600,-- Euro Sachmittel zur Verfügung stünden und durch Ehrenamtlichkeit bei weitem nicht alles abzudecken sei, herrsche auch hier eine Finanznot.

**Frau Grix** bedankt sich bei Herrn Schwieder für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- - - - -

3. **Herr Sprengelmeyer** gibt bekannt, dass die Jugendförderung mit sehr geringen Mitteln ein umfangreiches Sportprogramm für die Osterferien erarbeitet hat. Dies sei durch die gute Zusammenarbeit und das große Engagement der Emdener Vereine gemeinsam mit dem Sportkoordinator der Jugendförderung, Herrn Wenzel, möglich geworden. Er bittet Herrn Manfred Wenzel, der als Zuschauer an der Sitzung teilnimmt, den Ausschusmitgliedern ein Programm zu überreichen.

- - - - -

4. Als nächstes bedankt sich Herr Sprengelmeyer beim Jugendhilfeausschuss für die Anmeldungen zu dem JHA-Seminar im April und bittet diejenigen, die sich noch nicht angemeldet hätten, dies zu tun. Dies sei für die weitere Planung wichtig.

Punkt 12: Anfragen

**Herr Klaaßen** bedankt sich bei der Jugendförderung für die Durchführung eines Seminars mit dem Stadtschülerrat und gibt die Anregung des Stadtschülerrates weiter, dass er dringend ein Geschäftszimmer mit einem Schrank benötige, indem Akten und Unterlagen verwahrt werden können. Der Raum sei auch wichtig, um eine Anlaufstelle, in der man sich treffen könne, zu haben, damit die Arbeit des Schülerrates nicht gleich wieder einschlafe.

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2003**

---

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme und das lange Ausharren und schließt die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr.